

Innsbruck

So, 30.01.2011 | 22:43 Uhr

Schöpf will Gemeinden als Verwalter für die Agrar

Gemeindechef Ernst Schöpf ist jetzt der Geduldsfaden gerissen: Er verlangt für die Gemeinden das Kommando in den Agrargemeinschaften.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Donnerstagabend gab es ein Gespräch zwischen dem Gemeindeverbandspräsidenten und LH Günther Platter. Schöpf ist gar nicht zufrieden über die Entwicklung bei den Gemeindegutsagrargemeinschaften. „Trotz des Verfassungsgerichtshoferkenntnisses gehen die Gemeiden bisher leer aus. So kann es nicht sein.“ Obwohl den Gemeinden die nicht landwirtschaftlichen Einnahmen zustünden, verhinderten die Agrargemeinschaften mit allen Mitteln, dass die Kommunen zu ihrem Recht kommen. Bisher sei noch kein Cent geflossen.

Damit die Gemeinden endlich über ihr ehemaliges Gemeindegut verfügen könnten, schlägt Schöpf deshalb vor, dass die Gemeindeorgane künftig die Verwaltung des ehemaligen Gemeindeguts an die Kommunen übertragen. „Dafür wäre lediglich eine Änderung im Agrargesetz und möglicherweise in der Tiroler Gemeindeordnung notwendig.“ Alles sei machbar, fügt Schöpf hinzu.

Platter will sich die Sache ganz genau anschauen, in der Vorwoche hat er nach dem Bescheid des Landesagrarsenats zu Pflach, wonach die Jagdpachterlöse nicht an die Gemeinden gehen, allerdings angekündigt, dass die Landesregierung keine Änderung des Flurverfassungsgesetzes plane. ÖVP und SPÖ einigten sich auf Amtsverwalter, sollten einzelne Gemeindegutsagrargemeinschaften Probleme machen.

Überrascht vom neuerlichen Vorstoß von Schöpf zeigt sich VP-Bauernbundobmann und Agrarreferent LHStv. Toni Steixner. „Das ist einerseits rechtlich nicht möglich, außerdem sind die Agrargemeinschaften Körperschaften öffentlichen Rechts und nach wie vor Grundbesitzer.“ Keinesfalls könne es sein, dass die Gemeinden die Verwaltung über die Agrargemeinschaften übernehmen.

Einmal mehr sorgt in diesem Zusammenhang die Agrargemeinschaft Mieders für Aufregung. Laut dem Anwalt der Gemeinde, LA Andreas Brugger, wurden im Verfahren um die beanspruchte Sachwalterschaft von der Agrargemeinschaft zwei Rechnungskreise vorgelegt. „Der mit den agrarischen Einnahmen wies Rücklagen von rund 1,6 Mio. Euro aus, der Rechnungskreis II mit den außerlandwirtschaftlichen Einkünften ein Minus von 153.000 Euro.“ Die Gemeinde hätte demnach Schulden, protestiert Brugger. „Es kann aber nicht so sein, dass die Agrar sich die gesamten Rücklagen bis zum Jahr 2009 einverleibt und die Gemeinde leer ausgeht.“

Der Anwalt der Agrar, Ewald Jenewein, beschwichtigt: „Das ist ja nur eine grobe Aufstellung, die Bilanz wird erst mit 31. März 2011 vorgelegt.“ Noch gebe es viele offene

Fragen über die Verbuchung, die zu klären seien. Außerdem sei die Agrargemeinschaft gar nicht verpflichtet, zwei Rechnungskreise zu führen, und wenn, dann erst seit Inkrafttreten des Agrargesetzes im Februar des Vorjahres.